

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordnete Julia Willie Hamburg und Susanne Menge (GRÜNE)

Strategiepatinnen und -paten für Demokratie - Wie groß ist die demokratische Resilienz in der niedersächsischen Polizei?

Anfrage der Abgeordneten Julia Willie Hamburg und Susanne Menge (GRÜNE) an die Landesregierung, eingegangen am 06.10.2020

Am 16.09.2020 informierte der Innenminister von Nordrhein-Westfalen (NRW), Reul, auf einer Pressekonferenz über das Aufdecken eines rechten Netzwerkes innerhalb der Polizei NRW. 29 Beamtinnen und Beamte wurden mit sofortiger Wirkung vom Dienst suspendiert, es kam zu einer Reihe von Durchsuchungen in Privatwohnungen. Am 01.10.2020 deckte das ARD-Magazin „Monitor“ eine rassistische Chatgruppe der Berliner Polizei auf. Die bisherigen Bekanntmachungen der rechten Chatgruppen waren Zufallsfunde und nicht durch konkrete polizeiliche Ermittlungen an den Tag gekommen. NRW-Innenminister Herbert Reul sagte nach dem Bekanntwerden: „Offenbar haben wir nicht alles erkannt, vielleicht sogar auch die Dimension unterschätzt.“¹

Auch in Niedersachsen kommt es immer wieder zum Bekanntwerden von Vorkommnissen mit rassistischen oder menschenfeindlichen Äußerungen. Laut NDR-Bericht vom 27.07.2020 „wurden seit Anfang 2018 weniger als 20 Ermittlungsverfahren gegen Rechtsextremismus- bzw. Rassismusverdachts eingeleitet. (...) Ein noch laufendes Verfahren im Bereich der Polizeidirektion Hannover befasst sich mit WhatsApp-Nachrichten im vergangenen Jahr, in denen ausländerfeindliche Inhalte ausgetauscht worden sein sollen.“² Verbände und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler machen deutlich, dass Nordrhein-Westfalen und Bayern keine Einzelfälle sind.

Das Ministerium für Inneres und Sport hat im November 2019 die Initiative „POLIZEISCHUTZ für Demokratie“ gestartet, um ein Zeichen für die freiheitliche Demokratie und eine pluralistische Gesellschaft zu setzen. Geplant sind Fortbildungsangebote zur Qualifizierung von Strategiepatinnen und -paten für Demokratie. Die Polizeiakademie Niedersachsen schreibt dazu auf ihrer Homepage: „Im Gegensatz zu linken Populisten versuchen rechte, die Polizei in ihrem Sinne zu beeinflussen und zu instrumentalisieren. Sollten aber rechtspopulistische Denkweisen ihren Einzug auch in die Polizei finden und wird ihnen nicht wirksam begegnet, dann droht akute Gefahr für das gelehrte und gelebte berufliche Selbstverständnis ebenso wie für das herausragende Vertrauensverhältnis zwischen den Menschen in diesem Land und der Polizei.“³ Im Rahmen des Fortbildungsangebots sollen 80 Personen der Polizei in Niedersachsen zu Strategiepatinnen und -paten qualifiziert werden.

1. Hat die Landesregierung nach dem Bekanntwerden der Chatgruppe in Nordrhein-Westfalen Maßnahmen zur Erstellung eines niedersächsischen Lagebildes erstellt (bitte unter Nennung von (Teil-)Ergebnissen)?
2. Welche Maßnahmen zur Innenrevision, internen und externen Ermittlung und zum Qualitätsmanagement ergreift die Landesregierung konkret, um solche Netzwerke in der niedersächsischen Polizei strukturell aufzudecken und zu zerschlagen?
3. Reicht die demokratische Resilienzoffensive der Polizei Niedersachsen aus, um den Polizeischutz für die Demokratie zu gewährleisten (bitte unter Nennung einer Begründung)?

¹ <https://www.sueddeutsche.de/politik/seehofer-polizei-gutachten-1.5035857>

² <https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/Rassismus-bei-Polizei-Weniger-als-20-Verfahren.polizei5868.html>

³ https://www.pa.polizei-nds.de/polizeigeschichte/polizeischutz_fuer_die_demokratie/

4. Wurden gegen niedersächsische Beschäftigte der Polizei oder des Landeskriminalamts seit Juni 2019 mit Bezug zu rechten Verbindungen, Strukturen oder Überzeugungen Straf- und/oder Disziplinarverfahren eingeleitet (bitte auflisten nach Hinweisen oder Beschwerden aus der Bevölkerung / aus den Reihen der Sicherheitsbehörden)?
5. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung ergriffen, um rechte Strukturen in der Polizei aufzudecken?
6. Werden Polizeibeamtinnen und -beamte, die rechtsextreme Vorfälle oder Strukturen aus den eigenen Reihen melden, gezielt unterstützt, damit sie z. B. beruflich keine Nachteile erleiden, gegebenenfalls wie?
7. Wie viele Strategiepatinnen und -paten wurden bislang fortgebildet, und welche Projekte und Maßnahmen haben diese bereits begonnen oder durchgeführt?
8. Wird Niedersachsen eine Studie zu Einstellungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in der Polizei irgendwann mit willigen Ländern auch ohne Unterstützung durch den Bundesinnenminister durchführen (bitte begründen)?
9. Wie erklärt sich die Landesregierung, dass rechtsextreme Strukturen und Netzwerke in Sicherheitsbehörden in den letzten Jahren nicht durch eigene Sicherheitsmaßnahmen in der Polizei entdeckt wurden (bitte unter Nennung von Konsequenzen aus der Einschätzung)?

(Verteilt am 13.10.2020)